

6. IV. 1916

Die Massenspeisung.

Der „wirtschaftliche Beirat für Volksspeisung“, der gestern im Berliner Rathaus unter Vorsitz Oberbürgermeister *Bermuths* tagte, nahm die Berichte seiner Kommissionen entgegen, welche bereits lebhaft an der Arbeit sind. Bei der darauf folgenden Beratung wurde zunächst der Grundsatz endgültig festgestellt, daß die Volksspeisung allen Schichten der Bevölkerung gleichmäßig zugänglich sein und nicht den Charakter einer Unterstützung, sondern den einer Lieferung gegen Entgelt, und zwar gegen die Selbstkosten der Stadt, tragen soll. Die Ausgabe der Speisen soll gegen Wochenkarten erfolgen, d. h. für sechs Tage auf einmal; wer dies besonders verlangt, soll jedoch auch am Sonntag gespeist werden.

Das Verhältnis der Massenspeisung zu bereits bestehenden städtischen Lebensmittelverteilungen wurde eingehend erörtert. Man gelangte zu dem Ergebnis, daß gegen eine nahrhafte Mittagspeise wöchentlich zwei Drittel von der Fleischkarte und ebensoviel von der Kartoffelkarte abgegeben werden, dagegen die Brotkarte, die Butterkarte und die Zuckerkarte den Haushaltungen für ihre sonstigen Mahlzeiten ungeschmälert verbleiben soll. Die Kommission für die Beschaffung und Ausrüstung der erforderlichen Räumlichkeiten hat ihren Plan nahezu fertiggestellt und ist in seiner Ausführung begriffen. Der Ausruf zur Anmeldung wird, wie bereits berichtet, in den nächsten Tagen erfolgen.

Dieses wohlbedachte Vorgehen der Stadt Berlin in der so überaus wichtigen Frage der Massenspeisung sollte die anderen Gemeinden Groß-Berlins zu ähnlichen durchgreifenden Maßnahmen veranlassen, denn was da bisher geschehen, hat sich durchaus als unzulänglich erwiesen.